

**Nr. 15/417**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes (BremPolG)  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 10. Juli 2000  
(Drucksache 15/404)
2. Lebenssituation junger Mütter  
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 28. September 2000  
(Drucksache 15/479)  
  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 14. November 2000  
(Drucksache 15/529)
3. Biotechnologie – Chancen für Bremen und Bremerhaven  
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 13. Oktober 2000  
(Drucksache 15/488)
4. Eisenbahnkapazitäten in Norddeutschland – Stehen Bremen, Bremerhaven und die Region zukünftig auf dem Abstellgleis?  
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 19. Oktober 2000  
(Drucksache 15/498)
5. Mehr Arbeitsplätze durch Weiterentwicklung der Flughäfen in Bremen und Bremerhaven  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 19. Oktober 2000  
(Drucksache 15/499)  
  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 14. November 2000  
(Drucksache 15/530)
6. Berufliche Eingliederung Schwerbehinderter im Lande Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 23. Oktober 2000  
(Drucksache 15/501)
7. Soziales und ökologisches Kennzeichen für Textilien  
Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 23. Oktober 2000  
(Drucksache 15/502)

8. Kompensation der Ökosteuerlasten auf Kosten der Länder und Kommunen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 24. Oktober 2000  
(Drucksache 15/505)  
  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 14. November 2000  
(Drucksache 15/531)
9. Erwartungen der deutschen Länder an die Regierungskonferenz von Nizza  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. Oktober 2000  
(Drucksache 15/506)  
  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 7. November 2000  
(Drucksache 15/521)
10. Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung in der Freien Hansestadt Bremen  
– Erster Zwischenbericht –  
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2000  
(Drucksache 15/508)
11. Gesetz über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremFidatasG)  
Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2000  
(Drucksache 15/513)  
1. Lesung

## **Nr. 15/418**

### **Fragestunde**

1. Krebsregister der Freien Hansestadt Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. Oktober 2000
2. Aktionsprogramm Weser 2000 bis 2010 (ARGE Weser)  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2000  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
3. Anbindung des Sektenbeauftragten an das Innenressort  
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 18. Oktober 2000  
  
Die Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.
4. Atomtransporte durch Wohngebiete in Bremerhaven  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Oktober 2000
5. Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde  
Anfrage des Abgeordneten Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Oktober 2000
6. Förderung des kombinierten Ladungsverkehrs im Lande Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Beckmeyer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 19. Oktober 2000

7. Senat zwischen Treibern und Bremsklötzen  
Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Oktober 2000
8. Abschiebung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge  
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Oktober 2000
9. Schutz vor Gesundheitsrisiken durch BSE  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. November 2000
10. Ausbildungsreform der Polizei  
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Teiser, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 6. November 2000
11. Finanzielle Unterstützung für die Internatsbetreuung von Schaustellerkindern  
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Teiser, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 6. November 2000

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Niederländische Software zur Überprüfung von Ausweispapieren  
Anfrage der Abgeordneten Marlies Marken, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 7. November 2000
13. Bekämpfung der Schwarzarbeit  
Anfrage der Abgeordneten Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 7. November 2000

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

## **Nr. 15/419**

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

## **Nr. 15/420**

### **Qualifizierung für den Strukturwandel**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 12. Juli 2000  
(Drucksache 15/407)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2000**

(Drucksache 15/484)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 15/421**

### **Flankierende Maßnahmen für das Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 1. August 2000  
(Drucksache 15/415)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

## Nr. 15/422

### **Umsetzung des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung im Alltag**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD  
vom 4. Oktober 2000  
(Drucksache 15/481)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Mit dem Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung hat die Bundesregierung das Recht auf gewaltfreie Erziehung im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert.

Die Bundesrepublik braucht den gesellschaftlichen Konsens über ein neues Leitbild von Erziehung, das auf Förderung, Fürsorge und Respekt ausgerichtet ist und in dem körperliche Gewalt, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen keinen Platz haben. Nur wenn dies bewusst gemacht wird, kann auch Bereitschaft geweckt werden, sich einzumischen, Hilfe anzubieten und Hilfe in Anspruch zu nehmen, die auch die soziale Situation der gesamten Familie berücksichtigt.

Zahlreiche Untersuchungen bestätigen den engen Zusammenhang zwischen erlebter innerfamiliärer Gewalt und späterer eigener Gewalttätigkeit und Jugendkriminalität. Wer Kinder vor Gewalt schützt, tut nicht nur diesen Kindern etwas Gutes, sondern der gesamten Gesellschaft. Die Bundesregierung will im Herbst eine bundesweite Aufklärungs- und Informationskampagne „Kinder sind unschlagbar“ starten. Die einzelnen Bundesländer sind gefragt, unterstützend Kinder und Jugendliche über ihr Recht auf eine Erziehung ohne Gewalt zu informieren und ihnen und ihren Eltern ausreichend Beratung anzubieten.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet deshalb den Senat, bis zum 1. Februar 2001 in einem Bericht darzustellen:

1. Welche Maßnahmen – zusätzlich zum bereits bestehenden Angebot – der Senat nach Änderung der Gesetzeslage ergreift, um Eltern bei einer auf gewaltverzichtenden Erziehung zu beraten und zu unterstützen,
  - in welcher Form der Senat gedenkt, die Eltern mit einer eigenen Kampagne und gezielter Öffentlichkeitsarbeit – auch in mehrsprachiger Form – über die neue gesetzliche Regelung zu informieren,
  - wie der Senat gewährleisten wird, dass gerade auch die Eltern angesprochen werden, die Probleme bei einer gewaltfreien Erziehung ihrer Kinder haben,
  - welche Wege nach Einschätzung des Senats die Jugendhilfe bezogen auf Eltern betroffener Kinder in Bremen und Bremerhaven aufzeigen kann, damit Konfliktsituationen gewaltfrei gelöst werden können?
2. Welche Notruf-, Beratungs- und Hilfsangebote in Bremen und Bremerhaven für Kinder, Jugendliche und Eltern existieren,
  - wie darüber informiert wird,
  - welche alters-, herkunfts- oder geschlechtsspezifischen Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche im Rahmen der bestehenden Angebote eingerichtet werden können?
3. Wie viele Eltern derzeit die Beratungsmöglichkeiten nutzen,
  - wie viele der beratenden Eltern dabei schon gewalttätig waren,
  - wie vielen Eltern passende Hilfsangebote vermittelt werden konnte und
  - wie viele der beratenen Eltern nach der Beratung nicht wieder gewalttätig geworden sind?
4. Welche Freien Träger, Vereine und Selbsthilfegruppen sich im Land Bremen Hilfe bei der Unterstützung einer gewaltfreien Erziehung betätigen,
  - wie der Senat in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit von öffentlicher Jugendhilfe und diesen Einrichtungen bewertet und
  - ob ein vernetztes Arbeiten stattfindet?

5. Wie der Senat gewährleistet, dass Kinder und Jugendliche ihren Beratungsanspruch nach § 8 Abs. 3 SGB VIII (Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten in Konflikt- und Notsituationen) vollumfänglich geltend machen können?
6. Welcher Fortbildungsbedarf bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Beratungsstellen und Beratungseinrichtungen aus dem neuen Gesetz entsteht?

### **Nr. 15/423**

#### **Medienpolitisches Profil schärfen – Bedeutung der Filmbranche am Medienplatz Bremen weiterentwickeln**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 1. August 2000  
(Drucksache 15/416)

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 12. September 2000**

(Drucksache 15/456)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

### **Nr. 15/424**

#### **Konsequenzen aus der „Green-Card“-Debatte**

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 21. März 2000  
(Drucksache 15/257)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

### **Nr. 15/425**

#### **Konsequenzen aus der „Green-Card“-Debatte**

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2000  
(Drucksache 15/492)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

### **Nr. 15/426**

#### **Wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen im Lande Bremen**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. September 2000  
(Drucksache 15/450)

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 7. November 2000**

(Drucksache 15/518)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

### **Nr. 15/427**

#### **Sicherheit im VBN (Bahn, Bus, Straßenbahn)**

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 14. September 2000  
(Drucksache 15/462)

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2000**

(Drucksache 15/510)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Nr. 15/428**

**Ökonomische Anreizsysteme für einen umweltfreundlichen Seeverkehr**

Mitteilung des Senats vom 26. September 2000

(Drucksache 15/471)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.